Luftverkehr

Die Amerikaner lenken ein

Im Streit um ein neues Luftverkehrsabkommen zwischen Deutschland und den USA kommt es möglicherweise schon bald zu einer Einigung. In der vorvergangenen Woche griff Kanzler Helmut Kohl in die festgefahrenen Verhandlungen ein. Der Kanzler teilte US-Präsident Bill Clinton brieflich mit, die Bundesregierung werde das bestehende Abkommen kündigen, wenn nicht bis zum 15. September eine neue Vereinbarung ausgehandelt sei. Bonn rechnet nun damit, daß Clinton noch in dieser Woche einen Termin für neue Verhandlungen in Bonn vorschlägt. In diesen Gesprächen wollen die Deutschen vor allem erreichen, daß die Flüge von US-Gesellschaften nach Deutschland auf den derzeitigen Stand von 262 wöchentlichen Frequenzen beschränkt werden. Zudem verlangen die Deutschen, daß sie genauso viele Non-stop-Verbindungen in die USA einrichten dürfen. Verkehrsminister Matthias Wissmann glaubt, daß die Amerikaner zu Kompromissen bereit sind. Einer der Gründe ist, daß die US-Gesellschaft Delta Druck auf die Clinton-Administration ausübt. Die drittgrößte US-Linie, die von Frankfurt aus acht Ziele in Europa anfliegt, würde im Falle einer Kündigung des derzeitigen Abkommens die Verkehrsrechte in Frankfurt verlieren. Auch die Lufthansa ist an einer Einigung interessiert: Sie will gleich nach dem Abschluß einer Vereinbarung mit den USA ein bereits bis ins Detail ausgehandeltes Kooperationsabkommen mit der US-Gesellschaft United unterzeichnen.

Manager

Neue Jobs für Steinkühler

Der Ende Mai zurückgetretene IG-Metall-Chef Franz Steinkühler gilt in Industriekreisen schon wieder als salonfähig. Mehrere namhafte bundesdeutsche Immobilienfirmen würden den Ex-Gewerkschaftsboß, der wegen Spekulationen mit Aktien der Mercedes-Holding ins Zwielicht geraten war, gern in ihre Geschäftsführung aufnehmen. Doch Steinkühler ist das zuwenig. Sein Duzfreund Lothar Späth, Chef der Jenoptik, und Bundesbahn-Chef Heinz Dürr suchen deshalb in seinem Auftrag nach einem anspruchsvolleren Posten. Selbst für einen der heikelsten Jobs, den die bundesdeutsche Industrie derzeit zu vergeben hat, ist der Gewerkschafter im Gespräch. Nach Verstreichen einer angemessenen Schamfrist, so wird unter Automanagern verbreitet, könnte Steinkühler Personalchef bei VW werden.



Steinkühler

Treuhand

Ärger mit dem Treuhänder

Die Treuhand muß die Firma Halbleiterelektronik Frankfurt/Oder GmbH zurückund eine Reihe von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften wieder in ihren Verantwortungsbereich übernehmen. Die Anteile an diesen Betrieben und Auffanggesellschaften hielt bisher der Reutlinger Rechtsanwalt Jörg Stein treuhänderisch für die Behörde. Die Halbleiterfabrik in Frankfurt an der Oder sollte bis 1996 mehrheitlich von der kalifornischen Firma Synergy übernommen werden, 51 Prozent liegen noch bei Stein. Der Rechtsanwalt will nun seine Geschäftsbeziehungen mit der Treuhand abbrechen. Stein reagiert damit auf Vorwürfe, er habe sich an der Sächsischen Aufbau- und Qualifizierungsgesellschaft (SAQ) bereichern wollen. Als Urheber dieser „bösartigen Unterstellungen" vermutet der Anwalt Treuhand-Mitarbeiter. Sein Rückzug bringt die Treuhand in erhebliche Schwierigkeiten. Die Auffanggesellschaften sollten die Entscheidungen der Behörde arbeitsmarktpolitisch absichern. Dieses Konzept droht nun zu scheitern.

Arbeitslose

Mehr Stütze für Ungläubige

Konfessionslose Arbeitslose sollen, wenn es nach dem DGB geht, bald mehr Arbeitslosengeld erhalten. Der Gewerkschaftsbund nutzt die veränderten Verhältnisse nach der Wiedervereinigung dazu, einen Streit über die Höhe des Arbeitslosengeldes für Atheisten neu zu entfachen. Die Stütze beträgt je nach Familienstand 68 oder 63 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Das ermitteln die Behörden nach einem typisierenden Verfahren: Vom Einkommen wird auch die Kirchensteuer in Höhe von etwa neun Prozent der Lohnsteuerschuld abgezogen, gleichgültig ob der Arbeitslose einer Kirche angehört oder nicht. In der alten Bundesrepublik galt das als tolerabel, weil nur etwa 8 Prozent der Bevölkerung religionslos sind. In der Ex-DDR liegt der Prozentsatz, der mit den Kirchen nichts mehr anfangen kann, aber bei 67 Prozent. In ersten Entscheidungen sprachen einzelne Gerichte Konfessionslosen einen höheren Anspruch auf Arbeitslosengeld zu. Das Sozialgericht von Sachsen-Anhalt hob diese Urteile zwar wieder auf, ließ aber wegen der anderen Konfessionslage in den neuen Ländern die Revision beim Bundessozialgericht zu.



Arbeitslose

Samstags zur Arbeit?

Gegenwärtig gibt es eine Diskussion darüber, den Samstag wieder zu einem normalen Arbeitstag zu machen. Wären Sie bereit, auch am Samstag zu arbeiten, wenn Sie dafür an einem anderen Tag in der Woche frei hätten?

	DEUTSCHE INSGESAMT	CDU/CSU-WÄHLER	SPD-WÄHLER	FDP-WÄHLER	GRÜNE-WÄHLER
Ich wäre bereit	60	65	57	58	57
Ich wäre nicht bereit	34	30	38	37	35

Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: keine Angabe
Emnid-Umfrage für den SPIEGEL, 1500 Befragte, 19. bis 21. Juli 1993